

Absender:

Landesverwaltungsamt  
Referat 207  
PF 20 02 56  
06003 Halle/Saale

**Besucheranschrift**  
Landesverwaltungsamt  
Referat 207  
Kühnauer Straße 161  
06846 Dessau-Roßlau

Aktenzeichen (wird von der zuständigen Behörde vergeben)

Ort, Datum

Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!

### Antrag auf

- **Aufhebung oder Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit einer Maßnahme nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und / oder**

- **berufliche Rehabilitierung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) von Personen, gegen die sich die Verfolgungsmaßnahme(n) richtete(n).**

### Ich beantrage

- nach dem VwRehaG  
die Aufhebung einer hoheitlichen Maßnahme oder die Feststellung ihrer Rechtsstaatswidrigkeit  
- Anlage VwRehaG -
- nach dem BerRehaG  
meine berufliche Rehabilitierung (Rehabilitierungsbescheinigung)  
- Anlage BerRehaG oder BerRehaG (S) -
- Zusätzlich beantrage ich eine vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung nach dem BerRehaG, weil ich
- eine Studienförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ohne Anwendung der Altersgrenze beantragen will.
  - an beruflichen Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen teilnehmen will.
  - Ausgleichsleistungen wegen meiner besonders beeinträchtigten wirtschaftlichen Lage in Anspruch nehmen will.
- meine berufliche Rehabilitierung zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten  
- Anlage Kindererziehungszeiten-

<b>1. Allgemeine Angaben</b>			
Name, Vorname		Geburtsdatum	
Geburtsname		Name zur Zeit der Schädigung	
Geburtsort, Kreis, Land			
Jetziger Wohnort oder ständiger Aufenthalt (Straße, Wohnort, Postleitzahl)			
<b>2. An welchem Ort im Beitrittsgebiet (sowjetische Besatzungszone bzw. ehemalige DDR einschließlich Berlin (Ost)) ist die Maßnahme ergangen, die Grundlage des von Ihnen geltend gemachten Anspruchs ist?</b>			
Ort			
<b>3. Haben Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 Ihren Wohnsitz ununterbrochen im Beitrittsgebiet gehabt?</b>			
<input type="checkbox"/> Ja, Wohnsitz war ununterbrochen im Beitrittsgebiet <input type="checkbox"/> Nein, Wohnsitz war in diesem Zeitraum nur zeitweise im Beitrittsgebiet			
vom                      bis                      in			
<b>4. a) Waren Sie als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit im Beitrittsgebiet oder das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig?</b>			
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit bitte auf der letzten Seite bzw. gesondertem Blatt angeben)			
<b>4. b) Waren Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet im Staatsapparat, in der SED oder in den Block-Parteien in leitender Funktion oder in Funktion mit Entscheidungsbefugnis tätig?</b>			
<input type="checkbox"/> Nein, ich habe keine derartige Funktion ausgeübt. <input type="checkbox"/> Ja			
Zeitraum vom		staatliche Stelle/Partei in	Funktion als
	bis		

*Nur von Antragstellern zu beantworten, die vor dem 9. Mai 1927 geboren sind!*

5. a) Waren Sie während der NS-Zeit Mitarbeiter der Gestapo oder hatten Sie Funktionen in der SS?

Nein

Ja, (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit bitte auf der letzten Seite bzw. gesondertem Blatt angeben)

5. b) Waren Sie während der NS-Zeit im Staatsapparat, in der NSDAP, der SA oder in vergleichbaren Organisationen, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben, in leitender Funktion oder in Funktion mit Entscheidungsbefugnis tätig?

Nein

Ja

Zeitraum vom	bis	staatliche Stelle/Partei/ Organisation in	Funktion als

6.) Legen Sie bitte für die im Antrag gemachten Angaben schriftliche Beweismittel vor. Sollten Sie keine schriftlichen Beweismittel haben, nennen Sie bitte Anschriften oder fügen Sie schriftliche Erklärungen von Zeugen bei, die Ihre Angaben bestätigen können.

Die im Antrag erhobenen Angaben sind für das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren oder das berufliche Rehabilitierungsverfahren erforderlich.

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße meine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht habe.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausführliche Angaben zu den Fragen 4. und 5.